

Jugend will Berlin – Berlin will Jugend Forderungen für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt

1. Jugend will Berlin – Vorbemerkungen

„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“¹

„Metropolen müssen ein Bewusstsein für das in jungen Menschen verkörperte Kapital entwickeln, sonst verspielen sie ihre Zukunftschancen.“²

Der Landesjugendring Berlin legt mit dieser Broschüre Forderungen für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt vor. Er tut dies als Interessenvertreter von Kindern und Jugendlichen. Junge Menschen haben ein Recht auf Förderung, gleichzeitig ist Berlin, gerade vor dem Hintergrund der prognostizierten demographischen Entwicklung, auf die Entwicklung des Potentials junger Menschen angewiesen. Damit wird eine Politik für Kinder und Jugendliche auch eine Politik für die Stadt.

Liest man die einschlägigen strategischen Entwicklungsvorschläge für Berlin, die in den letzten Jahren veröffentlicht wurden³, fällt auf, dass zwar durchweg junge Menschen als eine zentrale Zukunftsressource für die Stadt benannt werden, die es zu fördern und zu entwickeln gilt, sie dabei jedoch vor allem unter zwei Perspektiven betrachtet werden. Zum einen wird unter der Überschrift „Bildung“ die Förderung von wissenschaftlichen und kulturellen Eliten von klein auf gefordert, zum anderen wird unter dem Stichwort „Integration“ die Notwendigkeit betont, sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche (in der Regel mit Migrationshintergrund) nicht zu einer „Gefahr“ für den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden zu lassen. Beide Perspektiven sind berechtigt, allerdings kann sich die Frage nach der Zukunft von Kindern und Jugendlichen in Berlin nicht auf diese beiden Perspektiven beschränken. Eine Kinder- und Jugendpolitik, die nachhaltig die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in Berlin verbessern will, und zwar sowohl im Sinne der Kinder und Jugendlichen als auch im Sinne der Stadt, muss breiter ansetzen.⁴

Eine nachhaltige Politik für Kinder und Jugendliche in Berlin muss die eigenverantwortliche Entwicklung junger Menschen fördern. Sie muss eine aktivierende Politik sein, die junge Menschen nicht als „zu erziehende“, „zu betreuende“, „zu versorgende“ oder „zu lehrende“ Objekte begreift, sondern die es Kindern und Jugendlichen ermöglicht, ihre Interessen und ihre Anliegen selbst umzusetzen. Kinder- und Jugendpolitik muss junge Menschen bei der Aneignung ihres Lebensumfeldes unterstützen, sie muss sich als Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements verstehen. Das heißt, Kinder und Jugendliche brauchen Beteiligungschancen in allen Politikfeldern, die sie betreffen, sie müssen befähigt werden, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Kinder- und Jugendpolitik, die die Partizipation junger Menschen in den Mittelpunkt stellt, ist eine Querschnittsaufgabe, die sich nicht in engen Ressortgrenzen abbilden lässt. Eine Politik, die Kinder und Jugendliche in diesem Sinne um ihrer selbst Willen fördert, ist auch von Nutzen für die Stadt.

Der Landesjugendring Berlin fordert einen Perspektivenwechsel, der die Förderung aller jungen Menschen in den Mittelpunkt der Landespolitik stellt. Eine Politik, die sich in Bezug auf Kinder und Jugendliche auf die Förderung von mobilen, kulturinteressierten, hedonistischen, gut ausgebildeten und leistungsfähigen Studierenden

¹ SGB VIII, §1, Abs. 1

² Die BerlinStudie: Strategien für die Stadt. (Hrsg.: Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei). Berlin, Regioverlag 2000, S. 123.

³ Die BerlinStudie: Strategien für die Stadt. a.a.O.; Schlussbericht der Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“. (Hrsg.: Abgeordnetenhaus von Berlin) Berlin 2005; Berlin zukunftsfähig gestalten. Lokale Agenda 21. (Hrsg.: Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin) Berlin 2006.

⁴ Die vom Berliner Senat 1999 beschlossenen „Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt“ gehen einen Schritt in diese Richtung, sind aber leider weitgehend in Vergessenheit geraten.

einerseits und die Prävention von abweichendem Verhalten bei sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund andererseits beschränkt, wird weder den Bedürfnissen junger Menschen, noch den Bedürfnissen der Stadt gerecht. Dies gilt um so mehr, als die Zahl der Kinder und Jugendlichen auch in Berlin in den nächsten Jahren deutlich abnehmen wird, Berlin also auf alle Kinder und Jugendliche angewiesen ist. Angesichts der prognostizierten demographischen Entwicklung muss die Förderung aller Kinder und Jugendlichen eine zentrale Aufgabe nachhaltiger Politik sein. Diese geht weit über Schul-, Familien- und Jugendpolitik hinaus und kann nur erfolgreich sein, wenn vor allem die Förderung von Selbstorganisation, Partizipation und Eigenständigkeit von Kindern und Jugendlichen zentrales Leitprinzip einer Politik im Sinne aller jungen Menschen und im Sinne Berlins wird.

Der Landesjugendring legt mit dieser Veröffentlichung jugendpolitische Forderungen für die Bereiche Ehrenamt, Bildung, Integration, Geschlechtergerechtigkeit, Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung vor. Damit möchten wir einen Anstoß zu einem ressortübergreifenden Blick auf Kinder und Jugendliche geben. Der Landesjugendring hofft, damit zu einem Perspektivwechsel in der Berliner Landespolitik beizutragen. Gleichzeitig macht er damit deutlich, dass die Interessen von Kinder und Jugendlichen in einem breitem Themenspektrum gehört werden müssen.

Um Kinder- und Jugendinteressen adäquat zu berücksichtigen ist die Kinder- und Jugendpolitik in Berlin zu einer Querschnittspolitik auszubauen. Kinder und Jugendliche müssen in einer Vielzahl von Politikfeldern berücksichtigt werden. Mit dem hier vorliegenden Papier geben wir einen Anstoß dafür. Schon der Titel macht dies deutlich: Jugend will Berlin – Berlin will Jugend. Beides hängt eng miteinander zusammen: Kinder und Jugendlichen wollen Berlin, ein Berlin, das ihre Interessen berücksichtigt und sie ernst nimmt, dazu muss aber auch Berlin Kinder und Jugendliche wollen. Und das kann am besten gezeigt werden, wenn deren Interessen das Handeln der Stadt leiten.

Der Landesjugendring Berlin schlägt zu diesem Zweck ein „Abkommen für die Jugend“ vor. Damit soll erreicht werden, dass Kinder- und Jugendinteressen in allen Politikfeldern berücksichtigt werden. Die nachfolgend aufgestellten Forderungen in den Teilbereichen Ehrenamt, Bildung, Integration, Geschlechtergerechtigkeit, Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung können dafür eine Grundlage bilden. Darüber hinaus sollen den Kindern und Jugendlichen Partizipationschancen in diesen und weiteren Themenfeldern eingeräumt werden. Denn eine kinder- und jugendfreundliche Stadt redet nicht nur über Kinder und Jugendliche sondern auch mit ihnen. Der Landesjugendring Berlin ist in diesem Abkommen Ansprechpartner für die Politik und Interessenvertreter von Kindern und Jugendlichen.

Die Forderungen in einem breit gefächerten, vielleicht an manchen Stellen jugenduntypischen Spektrum, gehen zurück auf die Mitgliederversammlung des Landesjugendring Berlin im März 2007. Das vorliegende Papier richtet sich an Politik und Verwaltung sowie all diejenigen, die in ihrer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Lassen Sie es uns gemeinsam angehen, denn nur wenn Berlin Jugend will, will auch die Jugend Berlin.

Der Landesjugendring Berlin

2. Jugend will Berlin – Forderungen

Kinder und Jugendliche brauchen Möglichkeiten und Chancen zu ehrenamtlichen Engagement (Ehrenamt und Partizipation)

Jungen Menschen wird oft unterstellt, sich nicht für Politik und Gesellschaft zu interessieren. Von einer Politikverdrossenheit der jungen Menschen ist die Rede. Dass dies nicht stimmt, hat beispielsweise die 15. Shell-Jugendstudie nachgewiesen. Dagegen muss wohl eher von einer Jugendverdrossenheit der Politik geredet werden. Kinder und Jugendliche engagieren sich in Jugendverbänden, spontanen Projekten, in der Schule, in ihrem Umfeld und darüber hinaus. Dieses Ehrenamt und Engagement muss gewürdigt und in Schule, Ausbildung, Studium und Beruf anerkannt werden. Es geht dabei auch um die Berücksichtigung ehrenamtlichen Engagements bei der Vergabe von Ausbildungs- und Studienplätzen. Eine Anerkennungskultur des Ehrenamts muss auch für Kinder und Jugendliche etabliert werden. Denn ohne das Engagement von Kindern und Jugendlichen ist Berlin nicht denkbar.

Junge Menschen stehen zunehmend unter hohem Zeitdruck. Schule, Ausbildung und Studium nehmen einen Großteil ihrer Zeit in Anspruch. Zeit für ehrenamtliches Engagement und politische Teilhabe bleibt da wenig. Um dies aber zu fördern, muss den Jugendlichen mehr Zeit für dieses Engagement eingeräumt werden. Dazu gehört auch, dass in Schule, Ausbildung und Studium das Engagement der jungen Menschen anerkannt wird. Außerdem muss es ihnen ermöglicht werden, ihrem Engagement auch während ihrer Zeit in Schule, Ausbildung und Studium nachzugehen.

Förderung von Partizipation und Ehrenamt junger Menschen bedeutet aber auch, ihnen Beteiligungsmöglichkeiten und Mitbestimmung einzuräumen. Wichtig ist dabei, dass Beteiligung ernst gemeint ist und so mit Rechten und Ressourcen ausgestattet wird, dass eine wirksame Partizipation möglich ist. Kinder und Jugendliche erkennen, wenn es sich um ernstgemeinte Partizipationsangebote handelt. Dazu müssen Strukturen für eine dauerhafte Partizipation in Bezirken und auf Landesebene etabliert, erhalten und gefördert werden.

Berlin ist mit der Absenkung des Wahlalters auf der bezirklichen Ebene auf 16 Jahre einen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Weitere müssen aber folgen. Damit junge Menschen frühzeitig Interesse an der Politik entwickeln, müssen sie kontinuierlich an sie herangeführt werden. Dies bedeutet zum einen eine kontinuierliche Begleitung durch Schule, Eltern und Jugendverbände. Auf der anderen Seite müssen den jungen Menschen frühzeitig Möglichkeiten zur Mitbestimmung gegeben werden. Ein Beitrag dazu ist die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre auf Bezirks- und Landesebene in Berlin.

Politisches Engagement bedeutet jedoch nicht nur, alle paar Jahre ein Kreuz auf einem Wahlzettel zu machen. Jugendlichen politisches Engagement näherzubringen bedeutet, Politik erlebbar und anfassbar zu machen. Strukturen des politischen Engagements von Jugendlichen müssen aufgebaut, erhalten und gefördert werden, denn nur wenn Jugendliche selbst Politik erleben, ohne in die Haltung „Politik machen die da oben“ zu verfallen, ist ein Engagement in und ein Interesse an Politik dauerhaft.

Vorhandene Partizipationsmöglichkeiten, die sich bewährt haben, dürfen nicht aus Ersparnisgründen oder anderen Motivationen abgeschafft werden. Gerade die etablierten Partizipationsstrukturen in der Jugendhilfe, wie die Jugendhilfeausschüsse in den Bezirken und auf Landesebene, müssen beibehalten und weiterentwickelt werden. Schließlich sichert die Arbeit der Jugendhilfeausschüsse wesentlich die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Akteure in der Kinder- und Jugendhilfe und sorgt damit für positive Lebensbedingungen aller Berliner Kinder und Jugendlichen.

Forderungen:

- Ehrenamtliches Engagement muss in Schule, Ausbildung, Studium und Beruf anerkannt werden. Dieses ehrenamtliche Engagement muss gefördert und soll bei einer Bewerbung um einen Ausbildungs- und Studienplatz berücksichtigt werden.
- Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche müssen so mit Rechten und Ressourcen ausgestattet werden, dass eine wirksame Partizipation möglich ist.
- Das Wahlalter auf Bezirks- und Landesebene muss auf 14 Jahre abgesenkt werden.
- Etablierte Partizipationsstrukturen in der Jugendhilfe wie Jugendhilfeausschüsse in den Bezirken und auf Landesebene müssen beibehalten und weiterentwickelt werden.

Kinder und Jugendliche brauchen Chancengleichheit (Bildung)

Bildung ist die zentrale Ressource zur Gestaltung der Zukunft. Angesichts der globalisierten Wissensgesellschaft auf der einen Seite und der abnehmenden Zahl von Kindern und Jugendlichen in Berlin auf der anderen ist es umso wichtiger, Kindern und Jugendlichen eine umfassende und qualifizierte Bildung zu ermöglichen. Nur so haben junge Menschen die Chance, eine stabile Lebensperspektive zu entwickeln und ihre Ziele zu erreichen. Gleichzeitig können sie auch nur so das Gemeinwesen mitgestalten und als Fachkräfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Bildung darf sich jedoch nicht nur auf ökonomische Verwertungsinteressen konzentrieren. Eine Bildung, die kurzfristig lediglich auf die Förderung von Eliten oder auf die Vermittlung arbeitsmarktrelevanter Kenntnisse und Fähigkeiten setzt, ist nicht nachhaltig und nützt weder Kindern und Jugendlichen, noch dem Gemeinwesen. Bildung muss umfassend und grundlegend sein, sie muss die Entwicklung aller geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte beinhalten.

Bildungsangebote müssen allen Kindern und Jugendlichen zugänglich sein, unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft. Das deutsche Bildungssystem muss grundlegend reformiert werden, um nicht weiterhin soziale Ungleichheiten durch ungleichen Zugang zu Bildung zu vererben. Das heißt auch, dass für unterschiedliche Kinder und Jugendliche differenzierte Bildungsangebote zur Verfügung stehen müssen, die an den Kenntnissen und Fähigkeiten der jungen Menschen ansetzen.

Bildung ist mehr als Schule. Mehr als 70 Prozent des Wissens erwerben junge Menschen in nicht formalen und informellen Bildungssituationen, für die es in der Schule nur wenig Raum gibt. In der außerschulischen Jugendbildung haben junge Menschen die Möglichkeit, Selbst- und Sozialkompetenz zu erwerben. Damit erwerben sie zentrale Qualifikationen für ihre Lebensführung und für das zukünftige Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Forderungen:

- Bildungsangebote müssen alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrem sozialen, finanziellen und kulturellen Hintergrund erreichen.
- Die Partizipationsmöglichkeiten in der Schule müssen für Schülerinnen und Schüler erhöht werden.
- Schulen müssen besser ausgestattet werden, die Höhe des Förderbedarfs der Schülerinnen und Schüler an der Schule ist dabei zu berücksichtigen. Schulen müssen bei der Verwendung der ihnen zustehenden Mittel größere Gestaltungsspielräume erhalten.
- Schulen dürfen sich nicht nur als formaler Bildungsort verstehen. Zur Stärkung des nonformalen und nichtformalen Lernens am Ort Schule muss die Kooperation von Schule und Jugend(verbands)arbeit ausgeweitet und ausreichend finanziert werden. Dabei ist darauf zu achten, dass sowohl Schulen als auch freie Träger Mittel für Kooperationsmaßnahmen erhalten, um eine einseitige Abhängigkeit zu vermeiden.
- Außerschulische Jugend(verbands)arbeit muss als eigenständiger Bildungsort anerkannt und ausreichend und kontinuierlich gefördert werden. Kenntnisse und Fähigkeiten, die Jugendliche in der außerschulischen Bildung erwerben, müssen in Schule, Studium und Ausbildung anerkannt werden.
- Kindertagesstätten müssen als Bildungsorte verstanden und gefördert werden. Jedes Kind hat einen Anspruch auf frühkindliche Förderung.
- Freizeitangebote für Jugendliche sind Orte informellen Lernens, die für alle Jugendlichen erreichbar sein müssen.

Jugendliche Migrant/-innen sind unverzichtbar (Integration)

Berlin ist eine Stadt der Vielfalt und der Offenheit mit unterschiedlichsten Kulturen und Lebensstilen. Berlin ist dadurch eine dynamische und lebendige Stadt, die junge Menschen aus aller Welt anzieht. Die Anerkennung dieser multikulturellen Realität ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben der Stadt, ergeben sich doch aus ihr Chancen und Herausforderungen.

Angesichts der prognostizierten demographischen Entwicklung ist Berlin auf die Zuwanderung gerade junger Menschen angewiesen, um die Alterung der Gesellschaft zumindest zu bremsen. Jugendliche Zuwanderer/-innen werden zudem durch den zu erwartenden Mangel an Fachkräften dringend gebraucht. Berlin ist als Zuwanderungsstadt aber nur attraktiv, wenn Migrantinnen und Migranten hier Lebensperspektiven entwickeln können. Für junge Menschen und Familien spielen dabei vor allem Bildungsmöglichkeiten eine entscheidende Rolle.

Junge Flüchtlinge leben in Berlin unter schwierigen Bedingungen. Oftmals wissen sie nicht, wann sie das Land wieder verlassen müssen. Damit ist eine Lebensplanung für sie fast ausgeschlossen. Dies führt auch dazu, dass sie keine Möglichkeit sehen, sich in der Gesellschaft zu engagieren. Jungen Flüchtlingen muss dringend eine aufenthaltsrechtliche Perspektive geboten werden, damit auch sie persönliche und berufliche Perspektiven in Berlin entwickeln können und ehrenamtliches Engagement für sie wichtig wird. Denn nur wenn wir alle Bevölkerungsgruppen einbeziehen und teilhaben lassen, wird es gelingen eine echte Integration in Berlin zu verwirklichen.

Für hier lebende und zuwandernde junge Menschen müssen die Integrationsangebote verbessert werden. Sprachförderung spielt dabei eine entscheidende Rolle, sie stellt die Grundlage für gelingende Bildungsbiographien junger Migrantinnen und Migranten dar. Nur wenn Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wahrnehmen können, dass sie in dieser Stadt willkommen sind, können sie in Berlin für sich eine Lebensperspektive entwickeln und sich somit an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen.

Leider gibt es aber auch in der Berliner Bevölkerung eine Ablehnung von Migrantinnen und Migranten bis hin zu offen rassistischem Verhalten Zuwanderer/-innen gegenüber. Die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl 2006 zeigen, dass auch in Berlin rechtsextreme Parteien ausreichend Wähler/-innen und Sympathisant/-innen finden, um in die Parlamente einzuziehen zu können. Gerade junge Menschen sind Zielobjekte von rechtsextremen Parteien und Organisationen. Vor allem durch politische Bildung für junge Menschen muss die Erziehung zu Demokratie und Toleranz gefördert werden, um den rechtsextremen Demagog/-innen ein positives, plurales, zukunftsfähiges Gesellschaftsbild entgegenzusetzen.

Forderungen:

- Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es muss eine breite Debatte darüber geben, wie die Integration junger Menschen in Berlin erfolgreich verlaufen kann.
- Bildung ist eine entscheidende Voraussetzung für eine gelungene Integration. Es bedarf der Förderung interkultureller Kompetenzen bei allen Kindern und Jugendlichen, die in Berlin leben.
- Jungen Flüchtlingen muss eine aufenthaltsrechtliche Perspektive in Berlin geboten werden.
- Kostenlose Sprachförderung muss für alle zur Verfügung stehen, die einen besonderen Bedarf haben.
- Die Einbürgerung von Zuwander/-innen muss erleichtert und nicht erschwert werden.
- Migrant/-innenselbstorganisationen müssen gefördert werden.

Mädchen und Jungen brauchen Gleichberechtigung (Geschlechtergerechtigkeit)

Leider kann man von einer realen Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern in unserer Gesellschaft nicht sprechen. Gerade in der Arbeitswelt ist die Ungleichheit noch immer eklatant. Dies betrifft nicht nur die unterschiedliche Entlohnung von Männer und Frauen in vergleichbaren Positionen, sondern auch die geringeren Möglichkeit für Frauen, Führungspositionen zu übernehmen. Auch die geringe Akzeptanz von jungen Frauen in bisher männerdominierten Ausbildungen gehört dazu.

Um die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern in allen Lebensbereichen umzusetzen, braucht es gerade eine Geschlechtergerechtigkeit im beruflichen Bereich. Dazu muss beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Förderung von Teilzeitbeschäftigung (auch in Leitungspositionen) gestärkt werden.

Jugendverbände verfolgen seit Jahren als einen ihrer Schwerpunkte den Ansatz der geschlechterspezifischen Jugendarbeit. Hier werden frühzeitig eingefahrene Rollenverständnisse aufgebrochen und Kinder und Jugendliche auf die Notwendigkeit von Chancengleichheit zwischen Frauen und Männer aufmerksam gemacht. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zur gesamtgesellschaftlichen Gleichberechtigung und muss entsprechend besonders gefördert werden.

Die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ist aber nicht nur im beruflichen Bereich von Bedeutung. In unterschiedlichen Feldern des Lebens spielt sie eine Rolle und muss von der Politik gefördert werden. Das heißt, Gender Mainstreaming muss in allen gesellschaftlichen Bereichen als Querschnittsaufgabe anerkannt und umgesetzt werden.

Forderungen:

- Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern muss in allen Lebensbereichen – vor allem aber im beruflichen Bereich – durchgesetzt werden.
- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss durch die Förderung von Teilzeitbeschäftigung (auch in Leitungspositionen) für Frauen und Männer gefördert werden.
- Gender Mainstreaming muss als Querschnittsaufgabe für alle Lebensbereiche anerkannt und umgesetzt werden.

Jugendliche brauchen berufliche Perspektiven (Arbeit)

Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt für junge Menschen hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Immer weniger Jugendliche bekommen einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Stattdessen werden andere Formen der Ausbildung geschaffen, die den Jugendlichen oftmals wenig Perspektiven geben. Berlin braucht gut ausgebildete junge Menschen und das nicht nur im Hochschulbereich. Vor allem im betrieblichen Bereich ist eine qualitativ hochwertige Ausbildung unabdingbar. Dafür müssen wieder mehr betriebliche Ausbildungsplätze von den Berliner Unternehmen geschaffen werden. Da die freiwillige Verpflichtung hierzu in den letzten Jahren wenig gebracht hat, muss eine Ausbildungsplatzabgabe eingeführt werden.

Sowohl Jugendliche als auch Ausbildungsbetriebe beklagen, dass sie durch die Schule nur unzureichend auf eine Berufsausbildung vorbereitet werden. Daher muss der Übergang von der Schule zur Ausbildung besser gestaltet werden. Ein Weg hierfür könnte die frühzeitige Kooperation der Ausbildungsbetriebe mit den Schulen sein.

Perspektivlosigkeit herrscht nicht nur auf dem Ausbildungsmarkt. Der Arbeitsmarkt für junge Menschen ist von einer zunehmenden Prekarisierung mit geringer Arbeitsplatzsicherheit und geringer Entlohnung geprägt. Jugendliche brauchen im Arbeitsleben Perspektiven. Erwerbsarbeit muss gerecht verteilt und vor allem gerecht bezahlt werden. Das Renteneinstiegsalter heraufzusetzen ist gerade für junge Menschen ein Problem, das sie damit geringe Chancen haben in den Arbeitsmarkt einzusteigen.

Arbeit bedeutet aber nicht nur Erwerbsarbeit. Ehrenamt und Familienarbeit müssen als weitere Formen von Arbeit anerkannt werden, beispielsweise in Form von Freistellungen oder bei der Berücksichtigung von Ehrenamt bei der Berechnung von Renten- und Versicherungsansprüchen. Zudem müssen Ehrenamt und Familienarbeit auch besser mit Erwerbsarbeit kombinierbar sein, denn auf alle drei Formen der Arbeit kann unsere Gesellschaft nicht verzichten.

Forderungen:

- Alle Unternehmen sollen zur Berufsausbildung verpflichtet werden. Eine Ausbildungsplatzabgabe ist einzuführen.
- Jugendliche müssen beim Übergang von der Schule zur Berufsausbildung besser begleitet werden.
- Arbeit muss gerecht verteilt und bezahlt werden. Jugendliche brauchen eine berufliche Perspektive.
- Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Ehrenamt müssen miteinander kombinierbar sein. Familienarbeit und bürgerschaftliches Engagement müssen als Formen der Arbeit anerkannt und dementsprechend bei Ansprüchen berücksichtigt werden.

Kinder und Jugendliche brauchen Sicherheit (Soziales / Kinder- und Jugendschutz)

Jedes vierte Kind in Berlin lebt in Armut. Mit den Auswirkungen dieser zunehmenden Kinderarmut hat Berlin heute schon zu kämpfen. Viele Kinder entwickeln sich nicht ihrem Alter gemäß, haben verstärkt Lernschwierigkeiten oder Probleme im sozialen Umgang untereinander. Auch neuere Erscheinungen, wie die zunehmende Zahl übergewichtiger Kinder und Jugendlicher aufgrund einer ungesunden und unregelmäßigen Ernährung sind auf die unsicheren sozialen und finanziellen Verhältnisse zurückzuführen, in denen Kinder und Jugendliche in Berlin leben. Kinder und Jugendliche dürfen nicht länger in solchen Verhältnissen aufwachsen. Daher ist eine existenzsichernde Versorgung für alle Familien in Berlin zu gewährleisten.

Immer deutlicher werden die Auswirkungen der Vererbung von Armut. Kinder und Jugendliche, die in finanziell schlecht ausgestatteten Elternhäusern aufwachsen, kommen aus dieser Spirale nicht mehr heraus. In Deutschland ist die soziale Selektion im Bildungswesen so groß wie in kaum einem anderen Land Europas. Und dass Bildung ein Grundstein für finanzielle Sicherheit ist, ist unumstritten. Deshalb müssen Kindern und Jugendlichen Auswege aus der Armut aufgezeigt werden. Diese Wege müssen ausgebaut, gefördert und nachhaltig betrieben werden, damit Kinder und Jugendliche eine Chance in ihrem Leben erhalten und die Mutlosigkeit, in der sie sich aufgrund ihrer finanziellen Situation derzeit befinden, ein Ende hat.

Einelternhaushalte und Familien mit mehr als zwei Kindern sind nach Erkenntnissen des statistischen Bundesamtes überproportional von Armut betroffen. Kinder stellen offensichtlich ein Armutsrisiko dar. Um dies zu ändern, müssen Alleinerziehende und kinderreiche Familien besser gefördert werden.

Die demographischen Veränderungen haben Auswirkungen auf die etablierten sozialen Sicherungssysteme. Der „Generationenvertrag“ funktioniert nicht mehr – während immer weniger junge Menschen in die Sozialversicherung einzahlen, erhalten immer mehr ältere Menschen Leistungen daraus. Junge Menschen können sich bei Beibehaltung der bestehenden sozialen Sicherungssysteme heute nicht mehr darauf verlassen, später ausreichende Leistungen zu erhalten. Daher ist ein Umbau der sozialen Sicherungssysteme notwendig. Dabei muss der Gedanke des solidarisch finanzierten Transfers erhalten bleiben bzw. weiterentwickelt werden. Eine Einbeziehung aller in die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme muss genauso gewährleistet sein wie das Recht jedes Menschen, ausreichend Leistungen aus den Sicherungssystemen zu erhalten. Mittelfristig soll sich das Land Berlin für ein individuelles Grundeinkommen auf Höhe des soziokulturellen Existenzminimums einsetzen.

Immer wieder berichten Medien über Vernachlässigung und Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Die Stadt Berlin muss ihrer Aufgabe nachkommen, Kinder und Jugendlichen davor zu schützen. Dafür muss wirksame Unterstützung und Hilfe effektiv und leicht zugänglich angeboten werden. Die Gesundheitsfürsorge muss ausgebaut werden. Für alle Bereiche muss die erforderliche Finanzierung sichergestellt werden.

Forderungen:

- Eine existenzsichernde Versorgung für alle Familien in Berlin muss sichergestellt werden.
- Kinder dürfen nicht länger ein Armutsrisiko darstellen. Alleinerziehende und kinderreiche Familien müssen besonders gefördert werden.
- Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und Missbrauch muss gewährleistet werden.
- Das Sozialsystem muss zu einem verlässlichen, zukunftsfähigen Sicherungssystem werden, in das alle Einkommensarten einbezogen sind (Einbeziehung von Beamten in das Sozialversicherungssystem, Einbeziehung von Kapitaleinkommen etc.).
- Das Land Berlin soll sich für ein individuelles Grundeinkommen einsetzen, das ein Leben ermöglicht, in dem sowohl die Grundbedürfnisse gedeckt sind, als auch den Besuch von Kulturveranstaltungen und ehrenamtliches Engagement erlauben.

Kinder und Jugendliche brauchen kulturelle Freiräume (Kultur)

Berlin ist eine Stadt der Kultur. Neben einer Vielzahl international renommierter Einrichtungen der Hochkultur hat sich in Berlin eine breite Subkultur ausgebildet. Zudem ist die Stadt selbst Kultur – ihre Architektur, ihre Atmosphäre, ihre Geschichte sind Kulturzeugnisse. Kultur, als eine der zentralen „Stärken“ der Stadt, macht Berlin lebendig und dynamisch und trägt so entscheidend zur Attraktivität der Stadt bei.

Junge Kultur hat entscheidenden Anteil am kulturellen Profil der Stadt. Vor allem junge Menschen haben immer wieder zur Entstehung einer innovativen Kulturszene beigetragen. Berlin hat sich so zu einem kreativen Zentrum Europas entwickelt.

Kinder und Jugendliche finden in Jugendkulturen Möglichkeiten, sich selbst auszudrücken, sich Kompetenzen anzueignen und die Welt zu begreifen. Dazu gehört zum einen die Nutzung und jugendspezifische Gestaltung von Freiräumen, die Selbstdarstellung in Gruppen, das Sich-Zuordnen zu „Szenen“ oder das (Um)Nutzen öffentlicher Räume. Kinder und Jugendliche brauchen in ihrer Entwicklung zum anderen aber auch kulturelle Angebote und kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten. Daher darf sich die Förderung der Kultur nicht auf sogenannte „Leuchttürme“ beschränken, sondern muss die kulturellen Bedürfnisse und Interessen aller Einwohner/-innen der Stadt im Blick haben. In Einrichtungen und Projekten der kulturellen Jugendbildung und anderer Träger der Jugendarbeit finden Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, sich als „kulturelle“ und „kulturvolle“ Menschen zu erfahren. Den Möglichkeiten der kulturellen Bildung muss daher mehr Raum gegeben werden. Gleichzeitig wird so eine breite Grundlage dafür geschaffen, dass Berlin weiterhin ein Ort der Kreativität bleibt. Eine breite Förderung jugendkultureller Angebote ist Voraussetzung für den Erhalt des „Kulturstandorts“ Berlin.

Forderungen:

- Jugendkultur muss anerkannt und ausreichend gefördert werden.
- Kulturelle Bildung muss in Schule und Jugendarbeit ausgebaut und besser gefördert werden.
- Die Kooperation zwischen Kultureinrichtungen (Theatern, Museen, freien Gruppen etc.), Schulen und außerschulischen Bildungsträgern muss verstärkt werden.
- Künstlerische und kreative Fähigkeiten müssen in Schule und Ausbildung höhere Anerkennung erfahren.
- Berliner Kulturangebote müssen für Kinder und Jugendliche bezahlbar sein.

Kinder und Jugendliche brauchen Lebensraum (Stadtentwicklung)

Durch den demographischen Wandel drohen Kinder und Jugendlichen zu einer gesellschaftlichen „Randgruppe“ zu werden. Durch die Abnahme der Zahl von Kindern und Jugendlichen und die Zunahme der Zahl von Älteren ist davon auszugehen, dass sich die gesellschaftliche Wahrnehmung stärker auf die Interessen und Lebenslagen älter Menschen verschieben wird. Fragen der Stadtentwicklung werden so eher unter dem Gesichtspunkt der Bedürfnisse alter Menschen entschieden.

Gleichzeitig ist Berlin auf junge Familien, Kinder und Jugendliche angewiesen. Daher müssen auch bei Fragen der Stadtentwicklung die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigt werden. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Bereitstellung und Gestaltung jugendspezifischer Lebensräume und die Ermöglichung von Mobilität.

Planung darf sich zudem nicht nur an den Interessen von Investor/-innen oder Kapitalanleger/-innen orientieren, sondern muss die Menschen, die in Berlin leben, im Blick haben. Eine konsequente Einbeziehung der Interessen der von Planungsvorhaben Betroffenen ist daher sicherzustellen.

Die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen können vor allem dann berücksichtigt werden, wenn Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, über Fragen der Stadtentwicklung mitzubestimmen. Kinder- und jugendgemäße Institutionen, Verfahren und Projekte der Mitbestimmung müssen daher gerade im Bereich der Stadtentwicklung ausgebaut und mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet werden.

Forderungen:

- Kinder und Jugendliche müssen altersgerecht und wirksam an Planungsvorhaben im Sozialraum beteiligt werden.
- Vorhandene Grün- und Freiflächen müssen als Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche erhalten bleiben und insbesondere in Innenstadtbezirken bereitgestellt werden. Die Ausgestaltung dieser Flächen muss den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Zwischennutzungen sind für Kinder und Jugendliche unbürokratisch zu ermöglichen.
- Sportplätze und Schulhöfe sollen für Kinder und Jugendliche am Nachmittag und am Wochenende geöffnet werden.
- Berlin muss durch den Ausbau von Rad- und Fußwegen zu einer fußgänger- und fahrradfreundlichen Stadt werden. Fahrräder müssen im ÖPNV kostenfrei mitgenommen werden dürfen.
- Der Öffentliche Personennahverkehr in Berlin muss weiter ausgebaut und das Tarifsystem verbessert werden. Soziale Tarife für gar nicht und Geringverdienende müssen erhalten bleiben bzw. eingeführt werden. Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Verkehrsnetz ist anzustreben.

3. Jugend will Berlin – Berlin will Jugend Schlussbemerkung

Kinder und Jugendliche haben Rechte und wollen diese auch selbst durchsetzen. Jugendverbände und -organisationen bieten ihnen dafür den Raum. Der Landesjugendring Berlin ist der freiwillige Zusammenschluss von 33 Jugendverbänden und Jugendorganisationen im Land Berlin. Er stellt eine wichtige Plattform für Kinder und Jugendliche dar, die sich für ihre Rechte stark machen wollen. In Jugendverbänden wird Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet. Ihre Arbeit ist auf Dauer angelegt. Jugendverbände machen Angebote für ihre Mitglieder, sie richten sich aber auch an Kinder und Jugendliche, die nicht Mitglieder sind. Jugendverbände bringen die Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck und vertreten diese. Der Landesjugendring versteht sich sowohl als Interessensvertretung seiner Mitglieder als auch aller jungen Menschen in Berlin.

Jugendverbände tragen dazu bei, dass Berlin eine kinder- und jugendfreundliche Stadt sein kann. Beispielsweise

- kooperieren viele Jugendverbände mit Schulen, um informelle und nicht formale Bildungsprozesse auch in der Schule zu etablieren
- bieten Jugendverbände Bildung unabhängig von Schule in Seminaren und Fortbildungen vor Ort und ihren Jugendbildungsstätten an
- ermöglichen Jugendverbände Bildungsprozesse, die die Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen erhöhen
- stärken Jugendverbände durch den Einsatz von Jugendlichen im Freiwilligen Sozialen Jahr an Schulen die Partizipation von Schülerinnen und Schülern
- bieten Jugendverbände Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung an
- bringen Ehrenamtliche aus Jugendverbänden die Perspektive von Kindern und Jugendlichen in die Jugendhilfeausschüsse der Bezirke ein
- bieten Jugendverbände Ferienreisen für Kinder aus sozial schwachen Familien an
- fördern Jugendverbände durch internationale Begegnungen die Ausbildung interkultureller Kompetenzen
- bilden viele Jugendverbände ehrenamtliche Jugendleiter/-innen im Rahmen der Juleica-Schulungen aus und stärken so bürgerschaftliches Engagement bei Jugendlichen
- trägt der Landesjugendring mit seinem Projekt „Meine – Deine – Unsere Geschichte(n)“ zur Integration im Sozialraum bei
- hat der Landesjugendring mit dem Projekt „Beweg Was! Jugendliche verändern ihre Stadt“ einen Dialog zwischen Jugendlichen und Berliner Landespolitiker/-innen initiiert

Der Landesjugendring hat mit diesem Papier in einem breitgefächerten Spektrum Forderungen vorgelegt. Damit wollen wir zeigen, dass Kinder- und Jugendinteressen in Berlin in den unterschiedlichsten Themen vorhanden sind und durchgesetzt werden wollen und müssen. Der Landesjugendring steht dafür als Gesprächspartner und Interessenvertreter zur Verfügung. Berlin steht vor großen Herausforderungen. Der demographische Wandel will gestaltet werden. Dabei ist es für die Stadt existenziell wichtig, Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu geben, Freiräume mit ihnen und für sie zu gestalten und vor allem sie in die Entscheidungen, die sie betreffen einzubinden.